

Trump greift Harvard an: Antisemitische, linksextreme Hochschule!

Trump kritisiert Harvard als „antisemitisch“ und droht mit Fördermittelkürzungen. Die Universität wehrt sich juristisch und fordert Redefreiheit.



Harvard University, Cambridge, MA, USA - US-Präsident Donald Trump hat die Harvard University als „antisemitische, linksextreme Institution“ bezeichnet. Diese scharfe Kritik äußerte er auf seiner Onlineplattform Truth Social. Trump wirft der Universität vor, Studenten „aus der ganzen Welt“ zuzulassen, die „unser Land auseinanderreißen wollen“. Diese Angriffe erfolgen einen Tag nach dem Erlass eines Dekrets, das sich gegen „rechtswidrige Diskriminierung“ in der Hochschulbildung richtet. Trump argumentiert, dass Maßnahmen, die Angehörige von Minderheiten fördern, in Wahrheit die Weißen benachteiligen.

In der Zwischenzeit hat Harvard rechtliche Schritte gegen die US-Regierung eingeleitet, um sich gegen geplante Kürzungen von Zuschüssen in Milliardenhöhe zu wehren. [nzz.ch](https://www.nzz.ch) berichtet, dass die Klageschrift darauf abzielt, die akademische Freiheit zu schützen. Die Trump-Regierung plant, Harvard bis zu 2,2 Milliarden Dollar an Zuschüssen zu streichen und droht der Institution mit dem Entzug von Steuervorteilen sowie der Einstufung als „politische Organisation“.

Universität im Rechtsstreit

Harvard sieht sich in einem Rechtsstreit mit der US-Regierung angesichts der Anschuldigungen gegen ihre akademische Freiheit. Der Harvard-Präsident Alan Garber betont, dass die Universität nicht gewillt ist, über ihre Unabhängigkeit oder verfassungsmäßigen Rechte zu verhandeln. Die Regierung begründet ihr Vorgehen mit einer vermeintlichen „verfehlten Ideologie“ der Universität und wirft ihr vor, Antisemitismus auf dem Campus nicht wirksam zu bekämpfen, welche sich besonders im Kontext der pro-palästinensischen Demonstrationen seit dem Gaza-Krieg zeigen, der am 7. Oktober 2023 begann.

In ihrer Klage argumentiert Harvard, dass die Anforderungen der Regierung an die Universität als illegaler Übergriff auf die Redefreiheit zu werten sind. Garber warnt zudem, dass die Streichungen von Fördermitteln die Innovationsposition der USA in Gefahr bringen könnten. Diese Bedrohung ist nicht an Harvard allein gerichtet; mehr als 100 Universitäten und Forschungsorganisationen haben die Politik der Trump-Regierung scharf kritisiert und Vorwürfe über „beispiellose Übergriffe und politische Einmischung“ erhoben.

Reaktionen aus der Hochschulbildung

Der Druck auf Harvard ist Teil eines größeren Trends, den auch andere Institutionen spüren. [zeit.de](https://www.zeit.de) berichtet von ähnlich verfahrenen Situationen an der Columbia University und

anderen Hochschulen, wo die Regierung ebenfalls mit der Streichung von Fördergeldern drohte. Die Columbia University hat bereits auf die Druckmaßnahmen reagiert und ihre Lehrpläne für Nahoststudien überarbeitet, um den Vorwürfen der US-Regierung entgegenzukommen.

Die Trump-Regierung hat auch die Möglichkeit in den Raum gestellt, ausländische Studenten, die an Harvard oder anderen betroffenen Universitäten im Land studieren möchten, den Zugang zu verwehren. Aber Harvard bleibt unbeugsam und stützt sich auf den ersten Zusatzartikel der Verfassung, der die Redefreiheit schützt. Über 170 Führungspersonen von Universitäten und akademischen Verbänden unterstützen Harvard in ihrem Kampf für einen freien Austausch von Meinungen ohne Angst vor Vergeltung.

Details	
Vorfall	Skandal
Ort	Harvard University, Cambridge, MA, USA
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.welt.de• www.nzz.ch• www.zeit.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de